

RESOCONTO STENOGRAFICO - SITZUNGSBERICHT

Ore 10.00

VORSITZ: PRÄSIDENT PAHL
PRESIDENZA DEL PRESIDENTE PAHL

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet, ich bitte um den Namensaufruf.

DENICOLÓ: *(Sekretär):(ruft die Namen auf)*
(Segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Die Abg. Odorizzi, Saurer, Barbacovi, Frick, Heiss (Vormittag), Baumgartner, Dominici, Thaler und Unterberger haben sich für die heutige Sitzung entschuldigt.

Ich bitte um die Verlesung des Protokolls.

DENICOLÓ: *(Sekretär):(verliest das Protokoll)*
(Segretario):(legge il processo verbale)

PRÄSIDENT: Sind Einwände zum Protokoll? Keine. Damit ist das Protokoll angenommen.

Ich verlese die Mitteilungen:

Am 14. Juni 2007 hat der Regionalratsabgeordnete Pinter den Gesetzentwurf Nr. 39: „Ersetzung des Artikels 4 des Regionalgesetzes Nr. 3 vom 30. November 1994 (Direktwahl des Bürgermeisters und Änderung des Systems der Wahl der Gemeinderäte sowie Änderungen des Regionalgesetzes vom 4. Jänner 1993, Nr. 1)“ eingebracht.

Am 15. Juni 2007 hat der Regionalausschuss den Gesetzentwurf Nr. 40: „Änderungen und Ergänzungen zu den Regionalgesetzen über die Zusammensetzung und die Wahl der Organe der Gemeindeverwaltungen“ eingebracht.

Am 26. Juni 2007 hat der Regionalratsabgeordnete Lamprecht den von den Regionalratsabgeordneten Lamprecht, Pardeller, Ladurner, Pahl, Baumgartner, Munter, Thaler Zelger und Widmann eingebrachten Beschlussantrag Nr. 29 betreffend die vorrangige Sicherung der Querfinanzierung seitens der Autobahn A22 für die Realisierung des Brennerbasistunnels sowie die entschiedene Ablehnung des Regionalrates hinsichtlich des Baus der dritten Autobahnspur zurückgezogen.

Es sind die nachstehend angeführten Anfragen mit schriftlicher Antwort eingereicht worden:

Nr. 172 eingebracht am 21. Juni 2007 vom Regionalratsabgeordneten Boso, mit der er um Auskunft über die vom Vizepräsidenten des

Regionalrates Mario Magnani in den ersten sieben Monaten des Jahres 2007 unternommenen Auslandsreisen ersucht;

Nr. 173 eingebracht am 21. Juni 2007 vom Regionalratsabgeordneten Boso betreffend das Symbol, das für die Kampagne „saubere Raststätten“ zur Mülltrennung auf den Raststätten entlang der Brennerbahn eingeführt worden ist und das allzu sehr dem Logo einer politischen Bewegung des Trentino, nämlich jenem der „Margherita“, ähnelt.

Die Anfrage Nr. 168 ist beantwortet worden. Der Text der Anfrage und die entsprechende schriftliche Antwort bilden integrierten Bestandteil des stenographischen Berichtes über diese Sitzung.

Die Fraktionssprecher haben ferner beschlossen, laut Art. 37 der Geschäftsordnung auf Ersuchen des Abg. Lamprecht von der Südtiroler Volkspartei den Beschlussfassungsvorschlag Nr. 19 mit dem Titel: Antrag an den Regionalrat, den Regionalausschuss zu ermächtigen, von der Volksbefragung der in der Gemeinde Truden (BZ) ansässigen Wahlberechtigten in Bezug auf den Antrag auf Änderung der offiziellen Benennung der Gemeinde Truden in „Truden im Naturpark“ abzusehen (eingebracht vom Regionalausschuss) nach den ersten zwei Punkten vorzuziehen. Darüber wird dann im Plenum formell abgestimmt, aber die Fraktionssprecher haben sich bereits damit einverstanden erklärt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt Nr. 1:
Beschlussfassungsvorschlag Nr. 17: Genehmigung der allgemeinen Rechnungslegung des Regionalrates für das Finanzjahr 2006 – eingebracht vom Präsidium des Regionalrates.

BESCHLUSSFASSUNGSVORSCHLAG NR. 17

BERICHT

Werte Abgeordnete,

nachdem den Bestimmungen der Geschäftsordnung, die das Präsidium mit der Überprüfung und Genehmigung der buchhaltungstechnischen Dokumente des Regionalrates betraut, Rechnung getragen worden ist, wird die vorliegende Rechnungslegung für das Finanzjahr 2006 nun dem Regionalrat unterbreitet.

In jedem Begleitbericht zu Buchhaltungsdokumenten, welche die buchhaltungstechnischen Daten des jeweiligen Bezugsjahres zusammenfassen, wird vor der eigentlichen Erläuterung der technischen Daten einleitend der Weg aufgezeigt, den der Regionalrat unter Weiterführung der bereits 1995 eingeführten Reformen im Sinne der größtmöglichen Klarheit und Transparenz beschritten und verteidigt hat.

Bei der Überprüfung der Buchhaltungsdaten wird klar, dass fast der gesamte Haushalt des Regionalrates Bezüge der Regionalratsabgeordneten betrifft, die ihnen entweder direkt oder indirekt in Form von Dienstleistungen zur Abwicklung der Regionalratstätigkeit entrichtet werden.

Hinzu kommt weiters der Schutz all jener Rechtsinstitute, die über die Amtsperiode hinausreichen und dazu dienen, den rechtmäßigen Erwartungen der Betroffenen gerecht zu werden.

Klarheit und Transparenz sind somit das Ergebnis einer Reihe von

Maßnahmen, die das Ausmaß der von den Reformen betroffenen Kapitel bestimmt haben.

Mit der Einführung der ISTAT-Aufwertung der Bezüge und Leibrenten der Regionalratsabgeordneten wollte man der Öffentlichkeit bewusst machen, dass auch diese Bezüge nur unter jene Logik fallen können und müssen, die für den Großteil der Arbeitnehmer gilt, dass nämlich das Ausmaß der jeweiligen Erhöhungen nur von einem verwaltungsfremden Faktor bestimmt werden darf.

Dies hat nicht nur dazu geführt, dass die Ausgaben und deren Erhöhungen nun mit Sicherheit bestimmt werden können, vielmehr wurde eine Methode eingeführt, aufgrund welcher ein exponentieller Anstieg der notwendigen Mittel eingedämmt oder sogar vermieden werden kann. Es wurden auch Korrekturmaßstäbe für die derzeit ausgezahlten Beträge eingeführt, indem ein Solidaritätsbeitrag von 4 Prozent zur Anwendung gelangt, der zwar in den Bereitstellungen des Ausgabenkapitels nicht ersichtlich ist, die den Nutznießern zur Verfügung stehenden Beträge jedoch reduziert.

Nicht unerwähnt bleiben soll, dass sich die Reform der Alters- und Beitragsvoraussetzungen nach wie vor positiv auf die Anzahl der Bezugsberechtigten einer Leibrente auswirkt.

Sämtliche Reformen, die mit 1. Jänner 2005 wirksam geworden sind, haben sich positiv auf den Mechanismus ausgewirkt, der mit Wirkung ab der nächsten Legislaturperiode die finanzielle Autonomie des gesamten Systems der Leibrenten gewährleisten wird.

Auf Antrag des Präsidiums, das in erster Linie für die komplexe Operation zuständig ist, sind anhand von Studien und Projekten die verschiedenen Komponenten des gesamten Systems bestimmt und quantifiziert worden.

Der Umstand, dass direkt oder indirekt mehr als 90 Prozent der Ausgaben des gesamten Haushalts auf diesen Bereich entfallen, belegt klar, wie wichtig die genehmigten Reformen sind.

Einer genauere Analyse der einzelnen Kategorien, mit Ausnahme der I. Kategorie – „Dienste des Regionalrates“ und der II. Kategorie – „Regionalratsabgeordnete im Ruhestand“, die bereits Gegenstand eingehender Betrachtungen waren, zeigt, dass die III. Kategorie „Dienst leistendes Personal“ exakt die im Rahmen der Vertragsverhandlungen eingegangenen Verpflichtungen widerspiegelt, mit denen der Großteil der Besoldung des Personals der Region geregelt wird.

Die Anzahl der Bediensteten des Regionalrates ist auf ein Minimum reduziert, wodurch jedoch die Professionalität oder Produktivität keinesfalls leidet, vielmehr muss der Einsatz der verschiedenen Strukturen bei der Erbringung der für die Zielsetzungen der Körperschaft notwendigen Dienste hervorgehoben werden.

Was die Einstufung in die verschiedenen Berufs- und Besoldungsklassen anbelangt, ist hervorzuheben, dass 25 Prozent der Bediensteten dem Funktionsbereich A, Hilfspersonal, 40 Prozent dem Funktionsbereich B (mittlere/gehobene Ebene) und die verbleibenden Bediensteten, sprich 35 Prozent, dem Funktionsbereich C (gehobene/leitende Ebene) angehören.

Die V. Kategorie – „Ankauf von Gütern und Ausgaben für Dienste“ umfasst die für das Funktionieren der Körperschaft notwendigen Ausgaben, und zwar sowohl jene für die Tätigkeit als auch jene der für die gesetzgeberische Tätigkeit notwendigen Dienste.

Die Einsparung beträgt insgesamt knapp 10 Prozent, wobei die im Haushalt verbuchten Beträge unterschiedlich verwendet worden sind.

Fast zur Gänze eingesetzt worden sind die Mittel jener Kapitel, welche die Tätigkeit und Initiativen des Präsidiums zur Organisation von Programmen und Ausstellungen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für besondere Situationen betreffen, wie etwa jene des tibetischen Volkes oder Situationen in Afrika, oder etwa für kulturelle und geschichtliche Veranstaltungen.

Was die in den verbliebenen Kategorien erhobenen Einsparungen anbelangt, sind vor allem jene der VI. Kategorie „Übertragungen“ erwähnenswert, in erster Linie jene, die Rechte und Vergünstigungen für das Personal vorsehen, etwas geringer sind die Einsparungen in den verbleibenden Kapiteln.

Chronologisch können die wesentlichen Daten des Finanzjahres 2006 wie folgt zusammengefasst werden: Die Ausgabenvoranschläge in der Kompetenzgebarung in Höhe von 54.356.655,00 Euro werden durch die Verwendung des Finanzüberschusses in Höhe von 2.165.925,00 Euro ausgeglichen. Die anfänglichen Kassavoranschläge in Höhe von 56.029.655,00 Euro werden durch die Verwendung des Kassafonds in Höhe von 3.564.595,00 Euro ausgeglichen.

Die Berichtigungen der anfänglichen Buchhaltungsdaten sehen eine zusätzliche Verwendung des Finanzüberschusses in Höhe von 30.000,00 Euro und Änderungen bei den Kassabereitstellungen in Höhe von 263.200,00 Euro und 346.963,00 Euro jeweils für die Aktiva und Passiva vor.

Bei Abschluss des Finanzjahres 2006 ist ein Finanzüberschuss in Höhe von 8.529.879,49 Euro und ein Kassabestand in Höhe von 10.169.546,49 Euro ermittelt worden. Diese Mittel sind in der laufenden Finanzgebarung sowohl für den Haushaltsvoranschlag als auch für die laufende Haushaltsänderung eingesetzt worden, um den Haushalt auszugleichen.

Im Finanzjahr 2006 wurde eine Vermögensverbesserung in Höhe von 24.590.090,28 Euro erzielt, die sich aus der Differenz der positiven Änderungen bei den verfügbaren Aktiva und bei der Kompetenzgebarung und der negativen Änderungen bei der Rückständegebarung ergibt.

Die beiliegenden Aufstellungen geben eine genaue Übersicht über die Finanzlage und die Ergebnisse der Haushaltsgebarung 2006.

Aufgezeigt werden im Einzelnen die Einnahmen und Ausgaben in den verschiedenen Haushaltskapiteln sowie die Änderungen, die am ursprünglichen Haushaltsvoranschlag mit dem Beschluss über die Haushaltsänderung vorgenommen wurden.

Die Rechnungslegung ist in zwei Teile gegliedert:

- der erste Teil betrifft die Jahresabschlussrechnung
- der zweite Teil betrifft die allgemeine Vermögensrechnung.

Der Rechnungslegung werden beigefügt:

1. die Dekrete betreffend die Umbuchungen aus dem Rücklagenfonds
2. die Dekrete zur Bestimmung der Einnahmen- und Ausgabenrückstände
3. die allgemeine Aufstellung der Haushaltsgebarung (Einnahmen und Ausgaben).

Mit diesen Erläuterungen erlaube ich mir, dem Regionalrat im Namen des Präsidiums die Rechnungslegung des Regionalrates für das Finanzjahr 2006 zur Genehmigung vorzulegen.

DER PRÄSIDENT

DER REGIONALRAT

Hat in der Sitzung vom _____;
Nach Einsicht in den Artikel 5 seiner Geschäftsordnung;
Nach Einsicht in die am 24. Juli 1958 genehmigte Geschäftsordnung über die Verwaltung und Rechnungslegung;
Nach Einsicht in die vom Präsidium am 12. Juni 2007 genehmigte allgemeine Rechnungslegung für das Finanzjahr 2006;
Gemäß Artikel 6 der Geschäftsordnung des Regionalrats;
Nach Einsicht in die zusammenfassenden Aufstellungen mit den Darlegungen der Jahresrechnung sowohl in Hinsicht auf den Haushalt als auch auf die Vermögensrechnung;
Nach Einsicht in die Kassabuchungen über die im Rahmen des vorgenannten Haushalts getätigten Einnahmen und Ausgaben;
Nach Einsicht in den Beschluss Nr. 9 vom 1. Dezember 2005, mit dem der Haushaltsvoranschlag des Regionalrats für das Finanzjahr 2006 genehmigt wurde;
Nach Einsicht in den Beschluss des Regionalrats Nr. 13 vom 17. Oktober 2006, der Änderungen zum Haushalt des Regionalrats für das Finanzjahr 2006 enthält;
Nach Einsichtnahme in die Dekrete des Regionalratspräsidenten Nr. 462 vom 11. Juli 2006 und Nr. 519 vom 6. November 2006 über die Entnahmen aus dem Rücklagefonds;
Nach Einsicht in das Dekret des Regionalratspräsidenten Nr. 384 vom 16. Januar 2006 über die Festsetzung der Einnahmerückstände 2005 und früherer Finanzjahre;
Nach Einsicht in das Dekret des Regionalratspräsidenten Nr. 385 vom 16. Januar 2006 über die Festsetzung der Ausgabenrückstände 2005 und früherer Finanzjahre;
Mit _____rechtsgültig abgegebenen Stimmen,

b e s c h l o s s e n

KOMPETENZEINNAHMEN UND -AUSGABEN DES FINANZJAHRES 2006

Art. 1

1. Die beiliegenden Dekrete, mit denen aus dem im Kapitel 700 des Ausgabenvoranschlages eingetragenen Rücklagenfonds Entnahmen für neue Mehrausgaben für das Finanzjahr 2006 getätigt worden sind, werden bestätigt, und es wird die Zuweisung auf das in genannten Dekreten angegebene Ausgabenkapitel angeordnet.

Art. 2

1. Die im Finanzjahr 2006 ermittelten Einnahmen werden gemäß Haushaltsabschlussrechnung auf der Grundlage der Kompetenz dieses Jahres wie folgt

Festgesetzt	€	51.543.550,80
hiervon vereinnahmt	€	51.331.020,80
noch zu vereinnahmen	€	212.530,00

Art. 3

1. Die im Finanzjahr 2006 ermittelten Ausgaben werden gemäß Haushaltsabschlussrechnung auf der Grundlage der Kompetenz dieses Jahres wie folgt

Festgesetzt	€	49.918.484,37
hiervon bezahlt	€	48.218.884,37
noch zu zahlen	€	1.699.600,00

Art. 4

1. Die allgemeine Zusammenfassung der Ergebnisse der Kompetenzeinnahmen und -ausgaben des Finanzjahres 2006 wird somit wie folgt festgelegt:

Außersteuerliche Einnahmen	€ +	51.540.050,80
Laufende Ausgaben	€ -	30.794.935,14
Differenz	€ +	20.745.115,66
Gesamteinnahmen	€ +	51.543.550,80
Gesamtausgaben	€ -	49.918.484,37
Kompetenzüberschuss	€ +	1.625.066,43

EINNAHMEN- UND AUSGABENRÜCKSTÄNDE BEI ABSCHLUSS DES FINANZJAHRES 2006

Art. 5

1. Die Einnahmerrückstände bei Abschluss des Finanzjahres 2006 werden, wie aus der Haushaltsabschlussrechnung hervorgeht, in folgenden Beträgen festgelegt:

noch einzuhebende Summen auf die Einnahmen, die für die eigentliche Kompetenz des Finanzjahres 2006 ermittelt wurden (Art. 2)	€	212.530,00
noch einzuhebende Summen auf die Rückstände der vorhergehenden Finanzjahre	€	155.800,00
Einnahmerrückstände am 31. Dezember 2006	€	368.330,00

Art. 6

1. Die Ausgabenrückstände bei Abschluss des Finanzjahres 2006 werden, wie aus der Haushaltsabschlussrechnung hervorgeht, in folgenden Beträgen festgelegt:

noch auszuzahlende Summen auf die Ausgaben, die für die eigentliche Kompetenz des Finanzjahres 2006 ermittelt wurden (Art. 3)	€	1.699.600,00
noch auszuzahlende Summen auf die Rückstände der vorhergehenden Finanzjahre	€	308.400,00
Ausgabenrückstände am 31. Dezember 2006	€	2.008.000,00

Art. 7

1. Wie aus den nachstehenden Angaben hervorgeht, wurde der Finanzüberschuss am Ende des Haushaltsjahres 2006 in Höhe von € **8.529.876,49** ermittelt:

AKTIVA

Überschuss am 1. Januar 2006	€	6.648.462,31
Einnahmen im Finanzjahr 2006	€	51.543.550,80

Verminderung der Ausgabenrückstände aus dem Finanzjahr 2005 und den vorhergehenden Finanzjahren:

ermittelt:

am 1.01.2006	€	1.900.763,00	
am 31.12.2006	€	1.639.495,95	
			€ 261.267,05
			€ 58.453.280,16

PASSIVA

Ausgaben im Finanzjahr 2006	€	49.918.484,37
-----------------------------	---	---------------

Verminderung der Einnahmerrückstände aus dem Finanzjahr 2005 und den vorhergehenden Finanzjahren:

ermittelt:

am 1.01.2006	€	448.330,00	
am 31.12.2006	€	443.410,70	
			€ 4.919,30
Finanzüberschuss bei Abschluss des Finanzjahres 2006	€	8.529.876,49	
			€ 58.453.280,16

PROPOSTA DI DELIBERA N. 17

RELAZIONE

Signori Consiglieri,

Dopo il prescritto passaggio regolamentare che attribuisce all'Ufficio di Presidenza l'analisi e la relativa approvazione dei documenti contabili del Consiglio regionale, il rendiconto per l'esercizio finanziario 2006 passa all'esame dell'Assemblea.

In ogni relazione accompagnatoria del documento che riassume i risultati contabili della gestione di riferimento, è consuetudine fare una doverosa premessa che vada oltre il dato tecnico e che permetta una analisi del percorso che questa Assemblea, riprendendo importanti riforme introdotte già nel 1995, ha voluto e difeso nella ricerca di chiarezza e trasparenza.

È ormai del tutto evidente che il bilancio del Consiglio regionale ruota per la quasi totalità attorno alla disciplina dei compensi spettanti in modo diretto ai Consiglieri regionali o indirettamente quali servizi per garantire lo svolgimento dell'attività consiliare.

A questo aggiungasi la salvaguardia di istituti che vanno oltre il periodo di carica e sono diretti a tutelare legittime aspettative.

Chiarezza e trasparenza sono quindi il risultato di una serie di interventi che l'attuale legislazione ha trasferito sulla quantificazione dei capitoli interessati alle riforme.

La rivalutazione secondo il parametro ISTAT delle indennità consiliari e degli assegni vitalizi ha portato all'attenzione dell'opinione pubblica la consapevolezza che anche questi compensi, potessero e dovessero rientrare nella logica che riguarda la grande massa dei lavoratori con l'identificazione in un soggetto estraneo al mondo istituzionale della titolarità a determinare la misura delle loro variazioni.

Questo non solo ha permesso di dare certezza ad incrementi nella spesa, ma ha introdotto un metodo che riduce o addirittura evita una maggiorazione esponenziale delle necessità. Si sono introdotti dei correttivi anche sulle masse in godimento, con l'applicazione di un contributo di solidarietà del 4 per cento, che anche se non evidente nella quantificazione del capitolo, riduce nella sostanza la disponibilità dei beneficiari.

Non va inoltre sottovalutato che la riforma dei requisiti anagrafici e contributivi continua a produrre un benefico effetto sulla quantificazione dei titolari di assegno vitalizio.

Tutte le riforme che hanno avuto decorrenza 1° gennaio 2005 hanno collaudato il meccanismo che dovrà portare all'autonomia contabile di tutto il "pianeta vitalizi" e decorrere dalla prossima legislatura.

Su incarico della Presidenza, primo attore della complessa operazione, studi e progetti hanno determinato e quantificato le varie componenti di tutto il sistema.

Il dato tecnico che direttamente o indirettamente riassume più del 90 per cento della spesa dell'intero bilancio è la più chiara dimostrazione dell'importanza delle riforme approvate.

L'analisi puntuale delle categorie, fatta eccezione della I^ "Servizi del Consiglio regionale" e II^ "Consiglieri in quiescenza" già commentata in

precedenza porta a considerare la III^a “Personale in attività di servizio” perfettamente in linea con gli impegni assunti in sede di contrattazione dei relativi accordi sindacali, che trasferiscono in gran parte i trattamenti economici del personale regionale.

In termini quantitativi il personale del Consiglio regionale è presente con standard minimi che però non sono indicativi di ridotta professionalità o produttività, tutt'altro va apprezzato l'impegno che le diverse strutture dimostrano nella produzione di servizi conformi alle finalità dell'Ente.

L'assegnazione alle diverse posizioni economiche professionali conferma il 25 per cento nell'area A, personale ausiliario, il 40 per cento nell'area B (personale di esecutivo/concetto), il restante 35 per cento nell'area C (concetto/direttivo).

La V^a categoria “Acquisto di beni e servizi” accorpa spese che coprono il funzionamento dell'Ente sia in termini di attività che di servizi necessari alla produzione dell'attività legislativa.

All'interno di un'economia globale che sfiora il 10 per cento, diverso è stato l'utilizzo delle somme iscritte a bilancio.

Pressoché totale è stato l'impegno nei capitoli che hanno coinvolto l'attività e l'iniziativa della Presidenza nel farsi parte attiva nell'organizzazione di programmi e mostre per sensibilizzare l'opinione pubblica nei confronti di realtà particolari quali il popolo tibetano o il continente africano e manifestazioni a sfondo culturale e storico.

Le economie rilevate nelle categorie mancanti sono di interesse quelle registrate nella VI^a categoria “Trasferimenti” soprattutto per quel che riguarda diritti e opportunità concesse al personale dipendente, mentre di minor rilievo le altre.

I dati rilevanti che caratterizzano la gestione 2006 sono in ordine cronologico: l'intervento dell'avanzo finanziario di Euro 2.165.925,00 e del fondo cassa di Euro 3.564.595,00 che rispettivamente portano a pareggio la gestione di competenza con una spesa complessiva di Euro 54.356.655,00 e quella di cassa su Euro 56.029.655,00 nel documento di previsione.

Successive variazioni ai dati iniziali comportano ulteriori interventi dell'avanzo per Euro 30.000,00 e modifiche agli stanziamenti di cassa, in misura attiva per Euro 263.200,00 e passiva per Euro 346.963,00.

I dati finali della gestione 2006 registrano un avanzo finanziario di Euro 8.529.876,49, una giacenza di cassa di Euro 10.169.546,49 ai quali si è attinto al pareggio del bilancio dell'esercizio finanziario corrente sia come preventivo, sia nel provvedimento di variazione in corso di approvazione.

Complessivamente il miglioramento patrimoniale prodotto dall'esercizio in questione è stato di Euro 24.590.090,28 ed è la sommatoria di miglioramenti nelle attività disponibili e nella gestione di competenza e di variazioni negative nella gestione residui.

Con i prospetti allegati, si dà un quadro esatto della situazione finanziaria ed i risultati delle operazioni di gestione effettuati nel corso del 2006.

Sono documentate analiticamente le entrate e le spese con riferimento ai singoli capitoli di bilancio e sono dimostrate le variazioni apportate alle previsioni iniziali con delibera di variazione al bilancio.

Il documento contabile si divide in due parti:

- La prima riguarda il conto consuntivo del bilancio;

- La seconda il conto generale del patrimonio.
In allegato al rendiconto figurano:
 1. i decreti di storno dal fondo di riserva;
 2. i decreti di determinazione dei residui attivi e passivi;
 3. il quadro generale della gestione di bilancio (Entrata e Spesa).

Con tali delucidazioni mi permetto di sottoporre alla Vostra approvazione, a nome dell' Ufficio di Presidenza, il rendiconto generale del Consiglio regionale per l'esercizio finanziario 2006.

IL PRESIDENTE

IL CONSIGLIO REGIONALE

Nella seduta del _____;
Visto l'art. 5 del proprio Regolamento interno;
Visto il Regolamento interno di amministrazione e contabilità, approvato il 24 luglio 1958;

Visto il rendiconto generale per l'esercizio finanziario 2006, approvato dall'Ufficio di Presidenza il giorno 12 giugno 2007;

A termini dell'art. 6 del Regolamento interno del Consiglio regionale;

Visti i prospetti riassuntivi con le dimostrazioni del rendiconto stesso, sia per la parte inerente al bilancio che per quella inerente al patrimonio;

Vista la contabilità di cassa riguardante le operazioni di entrata e di uscita effettuate per conto del bilancio dell'esercizio suddetto;

Vista la deliberazione n. 9 del 1° dicembre 2005, la quale approvava il bilancio di previsione del Consiglio regionale per l'esercizio finanziario 2006;

Vista la deliberazione del Consiglio regionale n. 13 del 17 ottobre 2006 recante variazioni al bilancio del Consiglio regionale per l'esercizio finanziario 2006;

Visto i decreti del Presidente del Consiglio regionale n. 462 dell'11 luglio 2006 e n. 519 del 6 novembre 2006, riguardanti prelievi dal fondo di riserva;

Visto il decreto del Presidente del Consiglio regionale n. 384 del 16 gennaio 2006, relativo alla determinazione dei residui attivi 2005 e precedenti;

Visto il decreto del Presidente del Consiglio regionale n. 385 del 16 gennaio 2006, relativo alla determinazione dei residui passivi 2005 e precedenti;

A _____ di voti legalmente espressi,

d e l i b e r a

ENTRATE E SPESE DI COMPETENZA DELL'ESERCIZIO FINANZIARIO 2006

Art. 1

1. Sono convalidati i decreti allegati con i quali sono stati effettuati i prelevamenti dal fondo di riserva per nuove e maggiori spese, iscritto al capitolo n. 700 dello stato di previsione della spesa per l'esercizio 2006 e ne è stata disposta l'assegnazione al capitolo di spesa indicato nei decreti suddetti.

Art. 2

1. Le entrate accertate nell'esercizio finanziario 2006 per la competenza propria dell'esercizio stesso, sono stabilite, quali risultano dal conto consuntivo del bilancio,

In	€	51.543.550,80
delle quali furono riscosse	€	51.331.020,80
e rimasero da riscuotere	€	212.530,00

Art. 3

1. Le spese dell'esercizio finanziario 2006 per la competenza propria dell'esercizio stesso, sono stabilite, quali risultano dal conto consuntivo del bilancio,

In	€	49.918.484,37
delle quali furono pagate	€	48.218.884,37
e rimasero da pagare	€	1.699.600,00

Art. 4

1. Il riassunto generale dei risultati delle entrate e delle spese di competenza dell'esercizio finanziario 2006 rimane così stabilito:

Entrate extratributarie	€ +	51.540.050,80
Spese correnti	€ -	30.794.935,14
Differenza	€ +	20.745.115,66

Entrate complessive	€ +	51.543.550,80
Spese complessive	€ -	49.918.484,37
Avanzo di competenza	€ -	1.625.066,43

RESIDUI ATTIVI E PASSIVI ALLA CHIUSURA DELL'ESERCIZIO FINANZIARIO 2006

Art. 5

1. I residui attivi alla chiusura dell'esercizio finanziario 2006 sono stabiliti, come dal conto consuntivo del bilancio, nelle seguenti somme:

somme rimaste da riscuotere sulle entrate accertate per la competenza propria dell'esercizio 2006 (art. 2)	€	212.530,00
somme rimaste da riscuotere sui residui degli esercizi precedenti	€	155.800,00
Residui attivi al 31 dicembre 2006	€	368.330,00

Art. 6

1. I residui passivi alla chiusura dell'esercizio finanziario 2006 sono stabiliti, come dal conto consuntivo del bilancio, nelle seguenti somme:

somme rimaste da pagare sulle spese accertate per la competenza propria dell'esercizio 2006 (art. 3)	€	1.699.600,00
somme rimaste da pagare sui residui degli esercizi precedenti	€	308.400,00
Residui passivi al 31 dicembre 2006	€	2.008.000,00

Art. 7

1. E' accertato nella somma di **€ 8.529.876,49** l'avanzo finanziario alla fine dell'esercizio 2006 come risulta dai seguenti dati:

ATTIVITÀ

Avanzo finanziario al 1° gennaio 2006	€	6.648.462,31
Entrate dell'esercizio finanziario 2006	€	51.543.550,80

Diminuzione dei residui passivi lasciati dagli esercizi 2005 e precedenti:

Accertati:			
all'1.01.2006	€	1.900.763,00	
al 31.12.2006	€	1.639.495,95	
			€ 261.267,05
			€ 58.453.280,16

PASSIVITÀ

Spese dell'esercizio finanziario 2006	€	49.918.484,37
---------------------------------------	---	---------------

Diminuzione dei residui attivi lasciati dall'esercizio 2005 e precedenti:

Accertati:			
all'1.01.2006	€	448.330,00	
al 31.12.2006	€	443.410,70	
			€ 4.919,30
Avanzo finanziario alla chiusura dell'esercizio 2006	€	8.529.876,49	
	€	58.453.280,16	

PRÄSIDENT: Heute Morgen ist zu Beginn der Fraktionssprechersitzung vom Abg. Giovanazzi eine Tagesordnung eingereicht worden, die wie folgt lautet:

PROPOSTA DI ORDINE DEL GIORNO
ALLA PROPOSTA DI DELIBERA N. 17

Ricordato che:

- in data 30 marzo 2006 è stata sottoscritta la Convenzione fra la Giunta regionale, il Consiglio regionale del Trentino-Alto Adige e il Consiglio provinciale di Trento sull'unificazione delle Biblioteche istituzionali;
- in seguito alla citata convenzione la Biblioteca del Consiglio regionale è stata trasformata in Servizio Studi e ricerche del Consiglio regionale;
- con delibera n. 433/06 dell'Ufficio di Presidenza del Consiglio regionale il Servizio Studi e ricerche è stato inserito a pieno titolo del Regolamento degli Uffici del Consiglio regionale del Trentino-Alto Adige;

tutto ciò premesso
si impegna il Consiglio regionale

a realizzare gli obiettivi e le funzioni di tale struttura e a bandire, entro nove mesi – secondo la normativa prevista dal Regolamento degli Uffici del Consiglio regionale – il concorso per la direzione del Servizio Studi e ricerche del Consiglio regionale del Trentino-Alto Adige.

cons. Nerio Giovanazzi

PRÄSIDENT: Dazu ist zu sagen, dass aufgrund des Art. 75 der Geschäftsordnung solche Anträge zur Tagesordnung erstens nur zu Gesetzen eingebracht werden können und das ist kein Gesetz, sondern ein Beschlussfassungsvorschlag. Zweitens muss dies 24 Stunden vorher erfolgen. Dieser Antrag kann also aus diesen zwei Gründen nicht behandelt werden. Drittens – darauf weise ich nur hin – rein inhaltlich, wenn die Sache diskutierbar wäre, hätte ich darauf hinweisen müssen, dass diese Forderung nicht gerechtfertigt erscheint, weil die Bibliothek im Regionalrat ja mit der Bibliothek der Regionalregierung zusammengelegt worden ist und somit kein Anlass besteht, hier noch ein weiteres zusätzliches Amt einzuführen. Es würde einfach die Arbeit dafür fehlen. Es wäre vernünftiger, den Beamten, der diesen Wunsch hegt, irgendwo anders nutzbringender einzusetzen. Somit kann diese Tagesordnung nicht behandelt werden.

Jetzt eröffne ich die Debatte. Jede Fraktion kann 10 Minuten das Wort ergreifen. Sind Wortmeldungen? Keine. Dann stimmen wir über den Beschlussfassungsvorschlag Nr. 17 ab. Wer ist dafür? Dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Bei 1 Gegenstimme und 10 Enthaltungen ist die Abschlussrechnung des Regionalrates für das Jahr 2006 genehmigt.

Es folgt der nächste Tagesordnungspunkt:
Beschlussfassungsvorschlag Nr. 18: Erste Änderung des Regionalratshaushalts für die Finanzgebarung 2007 – eingebracht vom Präsidium des Regionalrates.

BESCHLUSSFASSUNGSVORSCHLAG NR. 18

BERICHT

Das Präsidium hat die vorliegende Haushaltsänderung für das laufende Finanzjahr in der Sitzung vom 12. Juni 2006 genehmigt. Damit sollen die Kassenbereitstellungen der von den Rückständen der vergangenen Jahre betroffenen Kapitel angeglichen und der Kompetenzhaushalt dementsprechend abgeändert werden.

Von den Erhöhungen betroffen sind die Kapitel 512, 556, 620 und 1530, während die Bereitstellungen der Kapitel Nummer 516, 528 und 564 aufgrund der veränderten Bedürfnisse gekürzt worden sind.

Die höheren Ausgaben betreffen Programme und Initiativen des Präsidiums für Maßnahmen zu humanitären Zwecken, für den Kultur- und Jugendbereich und - fast zur Gänze - die Zuweisung an den Garantiefonds, der bekanntlich zur finanziellen Unabhängigkeit des Leibrentensystems führen soll.

Die Mehrausgaben in Höhe von 3.060.000 Euro werden durch die Minderausgaben in Höhe von 60.000,00 Euro und durch Verwendung des Finanzüberschusses in Höhe von 3.000.000,00 Euro ausgeglichen.

Nach diesen Erläuterungen wird die vorliegende Maßnahme nun dem Regionalrat zur Überprüfung unterbreitet.

DER PRÄSIDENT

PROPOSTA DI DELIBERA N. 18

RELAZIONE

Il provvedimento di variazione al bilancio per l'esercizio finanziario 2007, approvato dall'Ufficio di Presidenza nella seduta del 12 giugno u.s., ottempera all'adeguamento degli stanziamenti di cassa dei capitoli che sono interessati a residui di anni precedenti e prevede delle variazioni al bilancio di competenza.

I capitoli interessati all'incremento sono il 512, 556, 620 e 1530.

Quelli in riduzione a seguito di una corretta rideterminazione delle necessità sono il 516, 528 e 564.

Le maggiori spese riguardano programmi ed iniziative della Presidenza per interventi in settori culturali e umanitari, del mondo giovanile e per la quasi totalità l'assegnazione al fondo di garanzia che, come già noto dovrà portare alla totale indipendenza dell'impegno per gli assegni vitalizi.

Alle variazioni in aumento della spesa per Euro 3.060.000,00 si fa fronte con riduzioni per Euro 60.000,00 e con l'utilizzo dell'avanzo finanziario per Euro 3.000.000,000

Con tali delucidazioni viene presentato all'esame e approvazione dell'Aula.

IL PRESIDENTE

IL CONSIGLIO REGIONALE

Nella seduta del _____;

Visto il bilancio di previsione del Consiglio regionale per l'esercizio finanziario 2007;

Vista la deliberazione dell'Ufficio di Presidenza n 563 del 12 giugno 2007;

Visti gli articoli 5 e 6 del Regolamento interno del Consiglio regionale;

Visto il Regolamento di amministrazione e contabilità del Consiglio regionale;

A _____ di voti legalmente espressi

Delibera

Art. 1

1. Nello stato di previsione dell'entrata per l'esercizio finanziario 2007 sono introdotte le variazioni di cui all'allegato A) che forma parte integrante della presente delibera.

Art. 2

1. Nello stato di previsione della spesa per l'esercizio finanziario 2007 sono introdotte le variazioni di cui all'allegato B) e sono approvati i relativi prospetti riassuntivi che formano parte integrante della presente delibera.

DER REGIONALRAT

Hat in der Sitzung vom _____;

Nach Einsicht in den Haushaltsvoranschlag 2007 des Regionalrats;

Nach Einsicht in den Beschluss des Präsidiums Nr. 563 vom 12. Juni 2007;

Nach Einsicht in die Artikel 5 und 6 der Geschäftsordnung des Regionalrats;

Nach Einsicht in die Verwaltungs- und Rechnungslegungsordnung des Regionalrats;

Mit _____ rechtsgültig abgegebenen Stimmen

Beschlossen

Art. 1

1. In den Einnahmenvoranschlag für die Finanzgebarung 2007 werden die Änderungen gemäß Anlage A) eingefügt, welche integrierenden Bestandteil des vorliegenden Beschlusses bildet.

Art. 2

1. In den Ausgabenvoranschlag für die Finanzgebarung 2007 werden die Änderungen gemäß Anlage B) eingefügt, und es werden die entsprechenden zusammenfassenden Aufstellungen genehmigt, welche integrierenden Bestandteil des vorliegenden Beschlusses bilden.

Sind Wortmeldungen dazu? Keine. Dann stimmen wir darüber ab.
Wer ist dafür? Dagegen? Enthaltungen?

Mit 10 Neinstimmen und 2 Enthaltungen ist der Beschlussfassungsvorschlag Nr. 18 genehmigt.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt.

Vom Fraktionssprecher der Südtiroler Volkspartei, Abg. Sepp Lamprecht, ist der Vorschlag um die Vorziehung des Tagesordnungspunktes Nr. 7 eingebracht worden. Abg. Lamprecht schreibt:

„Hiermit ersuche ich Sie laut Art. 37 der Geschäftsordnung des Regionalrates um Vorziehung des Tagesordnungspunktes Nr. 7: **Beschlussfassungsvorschlag Nr. 19: Antrag an den Regionalrat, den Regionalausschuss zu ermächtigen, von der Volksbefragung der in der Gemeinde Truden (BZ) ansässigen Wahlberechtigten in Bezug auf den Antrag auf Änderung der offiziellen Benennung der Gemeinde Truden in „Truden im Naturpark“ abzusehen (eingebracht vom Regionalausschuss)** für die Sitzung des 3. Juli 2007.“

Gez.: Abg. Lamprecht

Nachdem es sich um eine Vorziehung handelt, muss abgestimmt werden. Wer ist dafür, dass dieser Antrag vorgezogen wird? Wer ist dagegen? Enthaltungen?

Mit 5 Enthaltungen und keiner Gegenstimme ist die Vorziehung angenommen.

Ich verlese den Beschlussfassungsvorschlag:

PROPOSTA DI DELIBERA N. 19

RICHIESTA AL CONSIGLIO REGIONALE DI AUTORIZZARE LA GIUNTA REGIONALE A NON INDIRE IL REFERENDUM CONSULTIVO FRA GLI ELETTORI RESIDENTI NEL COMUNE DI TRODNA (BZ) IN RELAZIONE ALLA RICHIESTA DI MODIFICA DELLA DENOMINAZIONE UFFICIALE DEL COMUNE IN "TRODNA NEL PARCO NATURALE"

PRESENTATA
SU RICHIESTA
DELLA GIUNTA REGIONALE
IN DATA 21 GIUGNO 2007

IL CONSIGLIO REGIONALE DEL
TRENTINO-ALTO ADIGE

Vista la deliberazione della Giunta regionale n. 190 del 12 giugno 2007 con la quale la Giunta regionale chiede al Consiglio regionale di essere autorizzata a non indire il referendum consultivo fra gli elettori residenti nel Comune di Trodena (BZ) in relazione alla richiesta di modifica della denominazione ufficiale del Comune in "Trodena nel parco naturale";

Viste le deliberazioni del Consiglio comunale di Trodena n. 41 del 5 ottobre 2006 e n. 112 del 2 marzo 2007;

Visto il parere favorevole espresso dalla Giunta provinciale di Bolzano in data 23 aprile 2007 in relazione alle sunnominated istanze;

BESCHLUSSFASSUNGSVORSCHLAG NR. 19

ANTRAG AN DEN REGIONALRAT, DEN REGIONALAUSSCHUSS ZU ERMÄCHTIGEN, VON DER VOLKSBEFRAGUNG DER IN DER GEMEINDE TRUDEN (BZ) ANSÄSSIGEN WAHLBERECHTIGTEN IN BEZUG AUF DEN ANTRAG AUF ÄNDERUNG DER OFFIZIELLEN BENENNUNG DER GEMEINDE TRUDEN IN „TRUDEN IM NATURPARK“ ABZUSEHEN

EINGEBRACHT
AM 21. JUNI 2007
AUF ANTRAG DES
REGIONALAUSSCHUSSES

DER REGIONALRAT VON
TRENTINO-SÜDTIROL

Nach Einsicht in den Beschluss des Regionalausschusses Nr. 190 vom 12. Juni 2007, mit dem der Regionalausschuss den Regionalrat um die Ermächtigung ersucht, von der Volksbefragung der in der Gemeinde Truden (BZ) ansässigen Wahlberechtigten in Bezug auf den Antrag auf Änderung der offiziellen Benennung der Gemeinde Truden in „Truden im Naturpark“ abzusehen;

Nach Einsicht in die Beschlüsse des Gemeinderates von Truden Nr. 41 vom 5. Oktober 2006 und Nr. 112 vom 2. März 2007;

Nach Einsicht in das positive Gutachten, das die Südtiroler Landesregierung am 23. April 2007 im Zusammenhang mit den obgenannten Anträgen abgegeben hat;

Rilevato come il provvedimento deliberativo del Consiglio comunale di Trodena che da avvio alle procedure intese ad ottenere l'emanazione di un provvedimento legislativo ex articolo 7 dello Statuto speciale per la modifica della denominazione ufficiale da "Trodena" in "Trodena nel parco naturale", è stato approvato con il voto unanime dei dodici consiglieri comunali presenti e votanti, per cui sussistono i presupposti di legge per proporre al Consiglio regionale di prescindere dalla consultazione popolare di tutti gli elettori residenti nel Comune di Trodena, prima di procedere alla presentazione del disegno di legge, così come disposto dall'articolo 1 del decreto del Presidente della Repubblica 15 luglio 1988, n. 296;

Ritenuto di dover condividere le motivazioni espresse dalla Giunta regionale per consentire la prosecuzione dell'iter e per giungere alla modifica della denominazione del Comune;

Visto gli articoli 43 e 47 del Testo Unico delle leggi regionali sull'ordinamento dei comuni, emanato con decreto del Presidente della Regione 1° febbraio 2005, n. 3/L;

Visto l'articolo 1 del decreto del Presidente della Repubblica 15 luglio 1988, n. 296;

Visto l'articolo 7 del decreto del Presidente della Repubblica 31 agosto 1972, n. 670;

Nella seduta del;
con voti legalmente espressi,

d e l i b e r a

di autorizzare la Giunta regionale, ai sensi dell'articolo 7 del Testo unico delle leggi costituzionali concernenti lo Statuto speciale per il Trentino-Alto Adige, emanato con decreto del Presidente della Repubblica 31 agosto 1972, n. 670 e dell'articolo 1 del decreto del Presidente della Repubblica 15 luglio 1988, n. 296 in materia di variazione delle circoscrizioni dei comuni della Regione autonoma Trentino-Alto Adige, a presentare il disegno di legge concernente la modifica della denominazione ufficiale del Comune di

Nach Feststellung der Tatsache, dass der Beschluss des Gemeinderates von Truden, der das Verfahren für die Erlassung eines Gesetzentwurfes gemäß Artikel 7 des Sonderstatutes zur Änderung der offiziellen Benennung von „Truden“ in „Truden im Naturpark“ einleitet, von den zwölf anwesenden und abstimmenden Gemeinderatsmitgliedern einstimmig genehmigt wurde, sodass die gesetzmäßigen Voraussetzungen gegeben sind, um dem Regionalrat vorzuschlagen, von der Volksbefragung der ansässigen Wahlberechtigten in der Gemeinde Truden abzusehen, woraufhin ein entsprechender Gesetzentwurf eingebracht wird, so wie dies im Artikel 1 des Dekretes des Präsidenten der Republik Nr. 296 vom 15. Juli 1988 vorgesehen ist;

Hervorgehoben, dass die vom Regionalausschuss vorgebrachten Begründungen für die Fortsetzung des Verfahrensweges zwecks Abänderung der Benennung der Gemeinde geteilt werden können;

Nach Einsicht in die Artikel 43 und 47 des mit Dekret des Präsidenten der Region Nr. 3/L vom 1. Februar 2005 erlassenen Einheitstextes der Regionalgesetze über die Gemeindeordnung;

Nach Einsicht in den Artikel 1 des Dekretes des Präsidenten der Republik Nr. 296 vom 15. Juli 1988;

Nach Einsicht in den Artikel 7 des Dekretes des Präsidenten der Republik Nr. 670 vom 31. August 1972;

In der Sitzung vom;
mit.....gesetzmäßig abgegebenen Stimmen,

b e s c h l i e ß t

den Regionalausschuss im Sinne des Artikels 7 des Einheitstextes über die Verfassungsgesetze betreffend das Sonderstatut von Trentino-Südtirol, erlassen mit Dekret des Präsidenten der Republik Nr. 670 vom 31. August 1972, und des Artikels 1 des Dekretes des Präsidenten der Republik Nr. 296 vom 15. Juli 1988 auf dem Sachgebiet der Änderung der Gebietsabgrenzungen der Gemeinden der autonomen Region Trentino-Südtirol zu ermächtigen, einen Gesetzentwurf betreffend die Änderung der offiziellen

“Trodena” in “Trodena nel parco naturale” senza dover procedere a consultare gli elettori del Comune di Trodena mediante referendum.

Benennung der Gemeinde „Truden“ in „Truden im Naturpark“ einzubringen und von der Volksbefragung für die Wähler der Gemeinde Truden abzusehen.

La Giunta regionale vuole prendere posizione per quanto riguarda questo punto di non indire il referendum su richiesta unanime del Consiglio comunale di Trodena?

GNECCHI: A noi va bene di rispondere positivamente alla richiesta del Comune di Trodena.

PRÄSIDENT: Collega Urzì, ne ha facoltà.

URZÌ: Grazie, Presidente. Sono abbastanza sconcertato dalla illustrazione svolta dall'assessora Gnecchi, mi sembra piuttosto ridicola, forse era meglio evitarla.

Signor Presidente, innanzitutto chiedo un chiarimento e subordinatamente esprimo alcune considerazioni. Il chiarimento consiste in un fatto, ossia nella lunga e articolata relazione che accompagna la proposta di delibera si fa riferimento esplicitamente a dubbi emersi nel corso del confronto con l'amministrazione comunale di Trodena in relazione alla proposta di modifica della denominazione stessa del comune. Una di queste obiezioni, osservazioni, peraltro accolta dalla stessa Giunta provinciale nella seduta del 18 dicembre 2006, con atto di delibera n. 104, aveva espresso dubbi sulla genericità della modifica proposta, “Trodena nel parco naturale”, in relazione al fatto che esistono in Alto Adige numerosi parchi naturali e quindi la localizzazione non era ben definita, che le ragioni avanzate di natura economica e turistica risultavano insufficienti, eccetera.

Le considerazioni per cui la denominazione “nel parco naturale” risultava monca, erano pure emerse. In effetti, successivamente il comune di Trodena specifica come si voglia fare riferimento esplicitamente al parco naturale di Monte Corno, una precisazione assolutamente doverosa che perlomeno lega meglio il concetto di appartenenza del territorio di Trodena all'ambito del parco di Monte Corno, nell'ambito del quale tutto l'intero comune di Trodena è inserito.

Nella proposta di deliberazione, signor Presidente, si propone di accettare la richiesta di modifica della denominazione ufficiale del Comune in “Trodena nel parco naturale”, non di Monte Corno. È un dubbio che mi è sorto e chiedo che venga chiarito, perché in tutta onestà sembra piuttosto singolare una modifica della denominazione così generica, che forse aggiunge molto poco al valore aggiunto della localizzazione del comune in quel dato territorio.

Forse vale la pena, al contrario, definire meglio a quale parco naturale ci si riferisca, quello di Monte Corno, per dare una certa dignità a questa modifica di denominazione.

Questo è il dubbio e la domanda che pongo alla Giunta regionale, alla quale auspico che venga data una risposta un pochino più articolata, rispetto all'illustrazione svolta dall'assessora Gnecchi.

Nel merito della forma della delibera, signor Presidente, ritengo che per atti sostanziali di questa importanza, che coinvolgono sensibilmente una

intera comunità, sia necessario quello che peraltro è già previsto, a cui si può derogare indubbiamente per situazioni eccezionali, che ritengo necessario il coinvolgimento della popolazione.

Mi risulterebbe, in tutta onestà, difficile da capire che si possa procedere con un iter squisitamente burocratico, anche se attraverso un passaggio in Consiglio regionale, l'approvazione della modifica della denominazione di un intero comune solo sulla base di un voto, sia pur unanime, del Consiglio comunale.

Ritengo al contrario che i cittadini del comune di Trodena debbano legittimamente esprimere un loro parere al riguardo, soprattutto in considerazione del fatto che dubbi, perplessità e obiezioni nel tempo, rispetto all'iter ed alla scelta della denominazione, sono stati sollevati e devo dire sono stati sollevati in primis nel 2006, l'abbiamo già citata la delibera del dicembre, dalla Giunta provinciale. Dubbi certamente in parte superati, successivamente per il pressing notevole esercitato dall'amministrazione comunale sulla Giunta provinciale di Bolzano, che hanno portato ad un chiarimento da parte del sindaco, che sostanzialmente dice che non è vero che modifichiamo il nome solo per motivi turistici, lo modifichiamo perché è meglio così ed è più importante per riconoscere un valore aggiunto o comunque in termini più generali al comune, motivazioni che ritengono ancora sostanzialmente poco giustificate e motivate.

Allora ritengo che proprio sulla delibera di per sé si debba esprimere un parere negativo, anche perché è opportuno che sia la popolazione in primis a potersi esprimere. Secondariamente rimane il dubbio che ho già proposto e rispetto al quale spero possa essere fornito qualche chiarimento. Grazie, Presidente.

PRÄSIDENT: Grazie! Collega Pasquali, ne ha facoltà.

PASQUALI: Grazie, signor Presidente. A nome di tutti i colleghi di Forza Italia esprimo la mia perplessità contro la delibera della Giunta provinciale e questa indicazione che dovrebbe dare la Giunta regionale in proposito.

Mi pare che c'è una certa larghezza nel concedere al comune di Trodena, per una decisione di soli dodici consiglieri comunali, il cambiamento del nome in "Trodena nel parco naturale" che fra il resto non è neanche una denominazione molto semplice, perché è composta da più parole, ma diventa un cattivo esempio per tutti i comuni che volessero cambiare denominazione, volessero cambiare nome.

Se domani proponessimo di cambiare nome di Bolzano in "Bolzano parco delle Dolomiti", mi sembra che la cosa sarebbe molto opinabile, anche se il consiglio comunale di Bolzano nella sua maggioranza fosse favorevole, mi sembra che non sia un elemento sufficiente, ogni comune avrebbe da questo momento la possibilità di cambiare la propria denominazione, quindi creando anche geograficamente una certa confusione.

Pur riconoscendo la massima autonomia ai comuni, non si può arrivare a questi limiti. Comunque deve essere la popolazione a decidere non dodici consiglieri comunali.

Per cui esprimo, anche a nome dei colleghi di Forza Italia, la mia contrarietà a questa delibera ed a questo parere positivo che dovrebbe esprimere il Consiglio regionale.

PRÄSIDENT: Danke! La parola al cons. Seppi. Ne ha facoltà.

SEPP: Grazie, Presidente. Più che entrare nel merito della proposta legislativa in questione, devo esprimere il mio totale avvillimento, certamente non è colpa sua Presidente.

Il Consiglio regionale che ci ha visto nelle vecchie legislature impegnati nel cambiamento di leggi elettorali, impegnati in situazioni relative al catasto ed al tavolare, impegnati in problematiche serie e sicuramente pregnanti per i nostri concittadini regionali, ci trova oggi impegnati in un unico punto all'ordine del giorno, perché poi non ce ne sono altri e ce ne saranno molto pochi anche in futuro. Il cambiamento del nome di un comune, con tutta l'importanza che vogliamo dare a Trodena, diventa l'ordine del giorno di un'assemblea di 70 consiglieri regionali che giungono da tutte le valli, dalla Val Giudicarie, dalla Val di Non, dalla Val di Sole, dalla Valle Aurina, dalla Valle di Fiemme, dalla Valle di Fassa per discutere se serva o non serva fare un referendum popolare, chiamando forse un migliaio di cittadini residenti a Trodena se devono o non devono essere chiamati ad esprimere un loro parere sul fatto che il comune di Trodena cambi la sua denominazione in "Trodena nel parco naturale".

È veramente avvillente, Presidente, essere chiamati in un'Assemblea di questo tipo per discutere problematiche di questa natura, se queste problematiche non fossero marginali, perché se fossero marginali andrebbe anche bene, di tante cose si impegnano in Parlamento, per cui un Parlamento può anche impegnarsi di cose di questo tipo, ma quando le cose di questo tipo sono le ragioni principali, sono le uniche ragioni di questa Assemblea, francamente ritengo che ci sia da fare una seria ed approfondita riflessione.

Cosa vuole che importi ad un consigliere regionale se il comune di Trodena dovrà chiamare tutti i cittadini alle urne o non dovrà chiamarli, per stabilire il cambio del nome del loro paese!

Non riesco nemmeno a capire la logica di un ragionamento di questo tipo, ma non riesco nemmeno ad entrare nel merito di una discussione di questo tipo. Il fatto che la legge regionale ci consenti la deroga, nel caso in cui tutti i consiglieri comunali siano d'accordo sul cambiamento del nome, non implica che la deroga debba essere applicata, di fatto se fosse obbligatoria l'applicazione non saremmo qui a discuterne, il fatto stesso che stiamo a discutere significa che può essere applicata o non applicata.

Con i soldi che sono stati spesi per riunire questa Assemblea si faceva il referendum a Trodena e si risolveva il problema.

Veramente non mi rendo conto se questa Assemblea è diventata il contenitore di tutte le cose piccole, di tutte le quisquiglie che devono interessare, in quelle poche competenze rimaste, tutti gli organismi regionali.

Sono convinto che il comune di Trodena, con la sua nuova denominazione, sarà più contento e noi gli auguriamo tutti di cambiare, ma che si debba arrivare a discutere se debbano o non debbano essere chiamati i cittadini di Trodena alle urne per cambiare il nome, francamente ritengo che sia

davvero avvilente per questa Assemblea. Assemblea che ha questo unico punto all'ordine del giorno, finito il quale andiamo tutti a casa.

Siano stati chiamati da 70 posti diversi della regione, da 70 condizioni diverse, ponendo le spese a carico del contribuente per venire a discutere un argomento di questo tipo.

Non sono dispiaciuto di essere qua, ma vorrei essere qua a discutere di problematiche serie, di problematiche vere, essere a discutere di tutto ciò che si discuteva una volta quando la Regione aveva delle competenze entro le quali poter legiferare, entro le quali portare avanti delle discussioni che avevano una pregnante ragione d'essere.

Non può essere questa l'unica ragione per la quale il Consiglio regionale si riunisce, non può esserlo, perché è veramente sconvolgente da un punto di vista istituzionale. Dovremmo esser d'accordo che non si faccia questo referendum? Perché dovremo muoverci contro i cittadini? Perché 12 consiglieri comunali ritengono giustamente nella loro buona fede che comune di Trodena debba cambiare nome, benissimo, hanno tutta la legittimità di farlo, ma penso che anche i cittadini di Trodena abbiano ragione di esprimersi.

Come ha detto giustamente il collega Pasquali, sarebbe un precedente che non può passare. Se nel caso specifico potrebbe anche passare, il problema è che si crea un precedente, per cui i consiglieri comunali del comune di Merano decidono di cambiare il nome della loro città. Penso che i padroni della città di Merano, come i padroni della città di Modena, se si possono definire padroni, non siano quelli del consiglio comunale, ma siano i cittadini, perché altrimenti sarebbe davvero un passo indietro dal punto di vista democratico. È proprio su questa base che la legge regionale prevede il referendum e quindi non ho capito perché si debba chiedere una deroga.

Costava molto meno indire il referendum a Trodena che riunire questa Assemblea su un problema di questo tipo, ma non perché il problema non esista, noi ci facciamo carico del problema dei cittadini di Trodena, ma ce ne facciamo carico nell'ottica di una condizione di deroga che poteva essere tranquillamente elusa istituendo questo referendum.

Allora avremmo avuto sul nostro scranno il risultato di un referendum nel quale tutti i cittadini sarebbero stati invitati ad indicare la loro convinta adesione, invece che un consiglio comunale, rappresentato da 12 membri che all'unanimità hanno chiesto questo, ma non sono esattamente le opinioni espresse dai cittadini del comune, che sono i proprietari veri del comune stesso e della denominazione del loro paese.

Per cui ritengo che non ci sia da fare alcun tipo di deroga, si chiamino i cittadini al voto, si esprimano come meglio pensano, dopo di che ciò che sarà la loro decisione il Consiglio regionale ne prenderà atto e sicuramente da parte nostra non ci sarà alcun tipo di veto in questo senso. Se i cittadini di Trodena decideranno di chiamarsi "Trodena nel parco naturale", benissimo, noi ne prenderemo atto e non faremo altro che ratificare la loro decisione, non faremo altro che prendere volentieri in mano la loro volontà e farla nostra, esprimendo il nostro totale consenso a ciò che i cittadini hanno espresso.

Viceversa, se i cittadini dovessero dire: ci va bene che si chiami ancora Trodena, noi faremo nostra la decisione dei cittadini, ma non la decisione dei consiglieri comunali. La decisione dei consiglieri comunali non è necessariamente parallela a quella dei cittadini o non è da considerarsi tale, del

resto la legge stessa prevede il referendum, non prevede l'espressione del consiglio comunale, o meglio la può prevedere se c'è l'unanimità e se la regione concede la deroga. Noi non siamo disponibili a concedere la deroga, perché riteniamo che debbano comunque essere i cittadini ad esprimersi.

Il problema sarà importante sicuramente per i cittadini di Trodena, lo è anche per noi, ci facciamo carico di questo, ma che l'unico problema di cui ci dobbiamo dare carico in un'Assemblea regionale sia questo, onestamente ritengo che potevamo tranquillamente non essere chiamati non perché ci manca la volontà di esserci, ma perché mi vergogno personalmente di esserci a spese della regione per decisioni di questo tipo, che potevano essere tranquillamente prese prima o dopo di questa riunione, considerato che abbiamo già deciso che alle 13.00 andiamo a casa.

La sceneggiata di questo Consiglio regionale deve finire! La legge sulle deleghe, che ha distrutto, di fatto, la Regione e che se è rimasta in piedi cinque anni in più lo si deve solamente all'ostruzionismo del sottoscritto e del collega Taverna che oggi non è più nel nostro consesso, c'era anche il consigliere Morandini sicuramente, con la legge sulle deleghe la Regione l'abbiamo distrutta e dobbiamo stare qua a discutere sul nome del comune Trodena! Ma vi rendete conto, ma non ci dobbiamo vergognare neanche un po'! Personalmente sono avvilito più che vergognato, ma veramente avvilito e prendo atto di questa situazione, la denuncio pubblicamente, perché se si è distrutta la Regione con le deleghe, si chiuda anche questa Assemblea, per l'amor di Dio! Non la vogliamo più una Regione di questo tipo.

I trentini hanno voluto affossarla, si affossino da soli, si facciano il loro Consiglio regionale a Trento e forza Galan, forza Veneto che riesca a dimostrare anche a livello costituzionale quanto le ragioni dell'autonomia nel Trentino non hanno alcun motivo di esistere.

Come il collega Morandini ha sempre sottolineato, si è tradito lo spirito stesso dell'accordo Degasperi-Gruber. Allora a questo punto si assuma la responsabilità, da parte trentina, di arrangiarsi.

Il Consiglio regionale non ha più senso di esistere se deve riunirsi per decidere se Trodena deve andare o meno a chiarire nell'urna la denominazione "Trodena nel parco naturale". Grazie Presidente.

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Seppi. Es sind keine weiteren Wortmeldungen.

Möchte der Ausschuss Stellung nehmen? Assessorin Gnechi, Sie haben das Wort.

GNECCHI: Cerco di rispondere esaurientemente, come sollecitato dal collega Urzi ed anche dall'intervento del consigliere Seppi.

La richiesta del comune di Trodena ha avuto un iter abbastanza lungo, nel senso che c'era stata una prima richiesta alla Giunta provinciale, la Giunta provinciale aveva respinto la richiesta sostenendo che non ci fossero motivazioni sufficienti a questo cambiamento di nome. La giunta comunale di Trodena all'unanimità ed il consiglio comunale all'unanimità dei presenti, il collega Urzi sottolinea 12 consiglieri su 15, però due degli assenti sono anche assessori, quindi erano presenti comunque nell'unanimità della Giunta comunale, quindi verrebbe da dire o all'unanimità di tutto il Consiglio o al

massimo all'unanimità del Consiglio tranne uno, che però non si è espresso negativamente, chiedono questa modifica di denominazione.

Al di là di quello che ognuno di noi possa pensare se è più bello Trodena o è più bello "Trodena nel parco naturale", sia la giunta comunale di Trodena che il consiglio sottolineano che esiste anche la dizione "Appiano sulla strada del vino" e poi tutti la chiamano Appiano, però la denominazione ufficiale è "Appiano sulla strada del vino".

Trodena ritiene che essendo l'unico comune totalmente interessato all'interno del parco naturale, ritengono che sia una situazione che definisce maggiormente questa caratteristica di comune in situazione naturale positiva. Sottolineano anche come l'aggiunta suppletiva della denominazione "terme" a molte altre città in Italia, è stata una cosa che ha definito come caratteristica del luogo in termini di caratteristica positiva, aggiuntiva a quella che può essere l'attrazione del comune.

Quindi ad una prima posizione negativa anche da parte della Giunta provinciale, si è poi ritenuto di andare avanti e quindi anche la Giunta regionale ha ritenuto di dare seguito alla richiesta del comune di Trodena. Come il collega Seppi ha sottolineato, questa delibera di oggi è solo ed esclusivamente legata al fatto che si proceda o meno alla consultazione degli elettori e quindi di tutti i cittadini del comune o meno, formalmente poi deve comunque essere preparato un articolo di legge che modifica il nome.

Noi riteniamo che quando una giunta comunale ed un consiglio comunale ad unanimità ritengono di portare avanti un'istanza di questo tipo, essendo i consiglieri comunali eletti dai cittadini e quindi riconoscendo al Consiglio una rappresentatività nella popolazione, noi abbiamo ritenuto che si possa non procedere a referendum.

Oltretutto la richiesta di Trodena è una richiesta aggiuntiva, quindi non è un vero e proprio cambiamento di nome, ma è una richiesta aggiuntiva al nome che rimane, prima era solo Trodena e adesso diventerebbe "Trodena nel parco naturale", quindi come specifica che loro ritengono come consiglieri comunali e giunta comunale del comune di Trodena una caratteristica aggiuntiva positiva per la visibilità della caratteristica naturale del comune, a noi è sembrato opportuno dare seguito a questa richiesta del comune di Trodena.

PRÄSIDENT: Danke! Es gibt keine Wortmeldungen zur Stimmabgabe. Dann stimmen wir ab....

....bitte, Abg. Urzi.

URZÍ: Grazie, Presidente. Sicuramente in gran parte esauriente è stata l'assessora Gnechi, questa volta glielo riconosco, anche se ha omesso una considerazione rispetto alla denominazione di per sé, l'interrogativo che era stato posto sulla assenza di denominazione di chiarificazione di quale parco naturale si tratti. Mentre la strada del vino è una sola in provincia di Bolzano, mentre se aggiungiamo la denominazione terme ad una certa località è evidente che ci riferiamo a quella località, Levico Terme è ovvio che si tratti di Levico, Roncegno Terme è ovvio che si tratti di Roncegno, ebbene se diciamo "nel parco" non sappiamo esattamente quale parco.

Può essere tutto, può essere nulla e indubbiamente la denominazione risulta monca e priva della sua efficacia completa, se vogliamo attribuire una efficacia alla modifica ed integrazione della denominazione.

Per questa ragione, oltre alla obiezione di carattere più generale, circa la volontà di evitare il coinvolgimento dei cittadini, non comprendo in tutta onestà quale limite possa essere dato e posto dal democratico contributo offerto dalla comunità residente sul territorio, rispetto alla denominazione del comune, rimane la mia obiezione rispetto proprio anche alla qualità del cambio o meglio integrazione della denominazione.

Raramente ho assistito a modifiche di denominazioni di questa genericità che dicono che un comune sta in un parco, senza specificare meglio che parco e quali qualità abbia questo parco.

Quindi la mia obiezione rimane, anzi si consolida. Grazie, Presidente.

PRÄSIDENT: Abg. Lamprecht, Sie haben das Wort.

LAMPRECHT: Danke, Herr Präsident! Ich ersuche um die namentliche Abstimmung.

PRÄSIDENT: Dazu braucht es drei Abgeordnete. ... In Ordnung, wir machen die namentliche Abstimmung.

Diese beginnt mit einem Namen der gezogen worden ist und zwar ist dies der Buchstabe „F“. Wir beginnen beim Abg. Frick.

(Segue votazione per appello nominale)

DENICOLÓ: FRICK (*non presente*), GHIRARDINI (*si*), GIOVANAZZI (*no*), GNECCHI (*si*), HEISS (*non presente*), KASSLATTER MUR (*ja*), KLOTZ (*ja*), KURY (*ja*), LADURNER (*ja*), LAIMER (*ja*), LAMPRECHT (*ja*), LEITNER (*ja*), LENZI (*si*), LUNELLI (*si*), MAGNANI (*si*), MAIR (*ja*), MALOSSINI (*no*), MINNITI (*non presente*), MORANDINI (*astenuto*), MOSCONI (*no*), MUNTER (*ja*), MURARO (*si*), MUSSNER (*ja*), ODORIZZI (*non presente*), PAHL (*ja*), PALLAORO (*si*), PARDELLER (*ja*), PAROLARI (*si*), PASQUALI (*no*), PINTER (*si*), PÖDER (*ja*), SAURER (*non presente*), SEPPI (*no*), SIGISMONDI (*no*), STIRNER BRANTSCH (*ja*), STOCKER (*ja*), THALER (*non presente*), THALER ZELGER (*ja*), THEINER (*ja*), TURELLA (*si*), UNTERBERGER (*non presente*), URZÌ (*no*), VIGANÒ (*si*), VIOLA (*no*), WIDMANN (*non presente*), ZORZI (*si*), AMISTADI (*si*), ANDREOTTI (*astenuto*), BARBACOVÌ (*non presente*), BASSETTI (*si*), BAUMGARTNER (*non presente*), BERGER (*ja*), BERTOLINI (*no*), BOMBARDA (*si*), BONDI (*si*), BOSO (*si*), CARLI (*astenuto*), CASAGRANDA (*si*), CATALANO (*si*), CHIOCCHETTI (*si*), CIGOLLA (*si*), COGO (*si*), de ECCHER (*no*), DELLADIO (*no*), DELLAI (*si*), DELLO SBARBA (*si*), DENICOLÒ (*ja*), DEPAOLI (*si*), DOMINICI (*non presente*), DURNWALDER (*non presente*).

PRÄSIDENT: Ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt:

Abstimmende:	58
Erforderliche Mehrheit:	36
Jastimmen:	44

Neinstimmen: 11
Enthaltungen: 3

Damit ist der Beschlussfassungsvorschlag Nr. 19 genehmigt.

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung. **Gesetzentwurf Nr. 33: Festsetzung der Bezüge an die Mitglieder der Regionalregierung – Aufhebung der Artikel 2 und 4 des Regionalgesetzes vom 23. November 1979, Nr. 5 (eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Leitner und Mair).**

Bitte, Abg. Mair, Sie haben das Wort.

MAIR: Ich bitte Sie, diesen Gesetzentwurf auf die Septembersitzung zu vertagen.

PRÄSIDENT: Danke, dies geht in Ordnung. Dieser Punkt wird somit auf den September vertagt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt Nr. 4: **Beschlussantrag Nr. 28, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Andreotti, Carli, Morandini, Viola und Bertolini über die Erneuerung der Präsidentschaft der Brennerautobahn.**

Auch dieser Punkt wird vertagt.

Der Punkt Nr. 5 auf der Tagesordnung: **Beschlussantrag Nr. 29, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Lamprecht, Pardeller, Ladurner, Pahl, Baumgartner, Munter, Thaler Zelger und Widmann betreffend die vorrangige Sicherung der Querfinanzierung seitens der Autobahn A22 für die Realisierung des Brennerbasistunnels sowie die entschiedene Ablehnung des Regionalrates hinsichtlich des Baus der dritten Autobahnspur, ist vom Abg. Lamprecht zurückgezogen worden.**

Der Punkt Nr. 6 lautet: **In vereinheitlichter Debatte: Beschlussantrag Nr. 24, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Mair, Leitner und Klotz betreffend die Auszahlung des regionalen Familiengeldes auch für das erste Kind; Beschlussantrag Nr. 26, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Viganò, Amistadi, Casagranda, Depaoli, Ghirardini, Lenzi, Lunelli, Magnani, Odorizzi, Turrella und Zorzi über die Abänderung der Durchführungsverordnung zum Regionalgesetz Nr. 1 vom 18. Februar 2005 betreffend „Familienpaket und Sozialvorsorge“, auf dass das Familiengeld ab dem zweiten Kind bis zum 19. Lebensjahr desselben ausbezahlt wird.**

Abg. Mair, Sie haben das Wort.

MAIR: Bei diesem Beschlussantrag habe ich mit der zuständigen Regionalassessorin Stocker vereinbart, dass wir diesen Punkt noch einmal verschieben, aber dass sie heute bereit ist, hier im Plenum Auskunft darüber zu geben, inwieweit sie mittlerweile mit ihren Arbeiten vorangekommen ist bzw. ob

überhaupt noch damit zu rechnen ist, dass das regionale Familiengeld bereits ab dem ersten Kind ausbezahlt wird. Wie Sie sich vielleicht erinnern, haben wir es das letzte Mal bei dieser Behandlung so vereinbart, dass wir dies nicht zur Abstimmung gebracht haben, weil die zuständige Assessorin gesagt hat, sie ist derzeit schon bei der Arbeit und lässt es prüfen. Ich habe es jetzt mit ihr in Absprache so vereinbart, alles noch einmal zu verschieben, aber dass sie heute hier Auskunft gibt, inwieweit sie mit ihren Verhandlungen bzw. Arbeiten bereits vorangekommen ist.

Deshalb ersuche ich, die Assessorin Stocker in den Saal zu holen.

PRÄSIDENT: Aspettiamo l'assessore Stocker per dare la risposta.

Frau Abg. Mair, vielleicht könnten Sie die Frage noch einmal für die Assessorin Stocker formulieren.

MAIR: Wir haben vereinbart – ich spreche jetzt nur von unserem Beschlussantrag –, dass wir bereit sind, diesen noch einmal zu vertagen, aber dass Sie uns Auskunft darüber geben, inwieweit Sie mit Ihren Arbeiten bzw. Verhandlungen vorangekommen sind bzw. ob es möglich sein wird, dass das regionale Familiengeld bereits für das erste Kind ausgezahlt werden kann,

PRÄSIDENT: Frau Assessorin Stocker, Sie haben das Wort.

STOCKER: Danke, Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Ich habe im Laufe der Zeit natürlich verschiedene Vorschläge bekommen, die alle mit dem Familiengeld zu tun haben und die sind unterschiedlicher Art. Ich sage auch, dass es für uns immer das Wesentliche war, soweit die finanziellen Mittel zur Verfügung stehen, dass wir eine Maßnahme setzen, was die Familien mit einem Kind anbelangt. Aber ich möchte auch ganz kurz auf die verschiedenen Vorschläge eingehen, die eingegangen sind und die wir versucht haben, zu berechnen.

Es gibt einerseits einen Beschlussantrag, der verlangt, dass wir das Familiengeld aufstocken und bis 19 Jahre auszahlen – das jetzt bestehende Familiengeld. Auch diese Kalkulation habe ich gemacht. Das käme uns insgesamt auf ungefähr eine Million jährlich zu stehen. Eine zweite Kalkulation, die wir gemacht haben – und die auch, jetzt nicht über Beschlussanträge, angefragt worden ist, sondern ganz einfach von verschiedenen Leuten, denen wir begegnet sind, bzw. auch von Kolleginnen und Kollegen, war inwieweit wir nicht darüber nachdenken könnten, für Familien mit mehr Kindern, d.h. ab vier Kindern eine Erhöhung vorzusehen. Auch diese Berechnungen haben wir gemacht. Hier wäre zum Beispiel eine 20%ige Erhöhung bei vier und mehr Kindern. Dies würde uns jährlich auch ungefähr eine Million Euro kosten.

Weitere Überlegungen sind vor allem im Zusammenhang mit Familien mit einem Kind gemacht worden. Jetzt muss man natürlich davon ausgehen, dass die finanziellen Mittel begrenzt sind, und dass es nicht möglich ist – was natürlich alle wünschen würden – beim ersten Kind anzufangen und entsprechend auch beim zweiten und dritten zu erhöhen. Das würde insgesamt 100 Millionen Euro kosten, wenn wir diese große Maßnahme machten und dieses Geld steht leider nicht zur Verfügung. Deshalb habe ich jetzt einige Versuche angestellt, um mit den finanziellen Mitteln, die ich irgendwo doch

noch gefunden habe, eine Maßnahme zu schnüren, die aber doch in die Richtung dessen geht, was wir uns alle wünschen, nämlich die Familien mit einem Kind, ob es nun Alleinerziehende sind oder Familien mit zwei Elternteilen, etwas zu unterstützen. Eine Möglichkeit wäre zum Beispiel, dass man eine Maßnahme bis zur vierten oder dritten Einkommensstufe vorsieht. Da müssen wir noch etwas schauen, wie es mit dem Geld aussieht. Also eine Maßnahme zu setzen, die ein Familiengeld von ungefähr 800 bis 900 Euro im Jahr vorsieht und das bis zum vollendeten sechsten Lebensjahr. Wir überlegen natürlich auch das mit eventuell anderen Maßnahmen noch zu kombinieren. Aber es geht auf jeden Fall in die Richtung – und das kann ich mit Sicherheit sagen – dass wir eine Maßnahme für die Familien mit einem Kind vorsehen, seien sie nun Alleinerziehende oder mit beiden Elternteilen. Das, was ich noch nicht definitiv vorwegnehmen möchte, ist inwieweit wir das Auszahlen für ganz niedrige Einkommensstufen, d.h. für die erste bis zum Alter von 18. Jahren, das wäre eine Möglichkeit, oder ob wir es nicht – und das schiene mir sinnvoller zu sein – bis zur vierten Einkommensstufe machen, bis zu jenen, die ungefähr 20.000 Euro brutto Einkommen haben und dort aber bis zum vollendeten sechsten Lebensjahr. Mir persönlich schiene diese Maßnahme insofern kohärenter und gerechter zu sein, weil ich da nicht nur wirklich die Alleinerziehenden oder die, die Teilzeitarbeit leisten drinnen habe, sondern zumindest auch einen Teil jener Niedrigstverdienenden, Alleinverdiener/innen und da schiene mir die Maßnahme doch am abgerundesten zu sein.

PRÄSIDENT: Danke, Frau Vizepräsidentin Stocker.
Abg. Mair, Sie haben das Wort.

MAIR: Ich danke natürlich für die ausführliche Antwort. Wir werden weiterhin am Ball bleiben und werden uns sicherlich im Herbst weiterhin oder zum wiederholten Male darüber unterhalten und schauen, wie der Stand der Dinge bis dahin ist. Für heute gilt, dass wir den Beschlussantrag natürlich vertagen.

PRÄSIDENT: Danke! Collega Morandini, ne ha facoltà.

MORANDINI: Presidente, a questo punto volevo annotare, ascoltato quanto ha poco fa annunciato all'aula l'assessora Stocker, che mi pare che siano ancora in cantiere, ancora da definire, sono solamente abbozzate una serie di proposte per vedere di addivenire a quanto non solamente chiede la mozione dei colleghi Mair e Leitner, ma anche a quanto noi abbiamo chiesto più volte in questi anni.

Dopo che l'assessora Stocker, in qualche tornata scorsa, aveva dichiarato che nella sessione di luglio avrebbe dato ragguagli più precisi, mi sarei aspettato indicazioni meno generiche.

Allora spero, Presidente, che da qui alla prossima tornata consiliare, chiedo anche a lei di interporre i suoi uffici nei confronti dell'assessora Stocker, si arrivi con proposte più chiare, più definite, perché quanto ho sentito poc'anzi, cioè elevare il livello di reddito per dare, a partire dal primo figlio, degli emolumenti, mi pare per un verso certamente un segno di attenzione verso le famiglie anche a partire dal primo figlio, però per altro verso si penalizza una serie di famiglie che già con redditi medi, bassi fanno fatica a sbarcare il lunario e si vedono magari private se si eleva il reddito.

Lo dico perché ho sentito suggerire, fra gli altri, questo criterio nello studio di cui si sta occupando la collega Stocker e lo dico anche perché questa Regione è utilizzata molte volte come bancomat da parte delle due Province, è ora e tempo che la pianti di dar corso a spese quasi sempre superflue e concentri invece le sue finanze su queste situazioni, che sono di assoluto bisogno. Grazie.

PRÄSIDENT: Grazie, collega Morandini.

Vorrei comunicarVi che il 25 settembre è previsto un incontro qua in Consiglio con un intervento da parte del Consiglio regionale della Valle d'Aosta, in cui si parlerà anche di questioni autonomistiche. Quindi per il momento non c'è nient'altro da discutere e pertanto chiudo la seduta.

(ore 11.30)

INDICE	INHALTSANGABE
<p>PROPOSTA DI DELIBERA N. 17: Approvazione del Rendiconto generale del Consiglio regionale per l'esercizio finanziario 2006 – <i>presentata dall'Ufficio di Presidenza</i></p> <p style="text-align: right;">pag. 2</p>	<p>BESCHLUSSFASSUNGSVORSCHLAG NR. 17: Genehmigung der allgemeinen Rechnungslegung des Regionalrates für das Finanzjahr 2006 – <i>eingebracht vom Präsidium des Regionalrates</i></p> <p style="text-align: right;">Seite 2</p>
<p>PROPOSTA DI DELIBERA N. 18: Prima nota di variazione al Bilancio del Consiglio regionale per l'esercizio finanziario 2007 – <i>presentata dall'Ufficio di Presidenza</i></p> <p style="text-align: right;">pag. 13</p>	<p>BESCHLUSSFASSUNGSVORSCHLAG NR. 18: Erste Änderung des Regionalratshaushalts für die Finanzgebarung 2007 – <i>eingebracht vom Präsidium des Regionalrates</i></p> <p style="text-align: right;">Seite 13</p>
<p>PROPOSTA DI DELIBERA N. 19: Richiesta al Consiglio regionale di autorizzare la Giunta regionale a non indire il referendum consultivo fra gli elettori residenti nel Comune di Trodena (BZ) in relazione alla richiesta di modifica della denominazione ufficiale del Comune in "Trodena nel parco naturale" (<i>presentata su richiesta della Giunta regionale</i>)</p> <p style="text-align: right;">pag. 16</p>	<p>BESCHLUSSFASSUNGSVORSCHLAG NR. 19: Antrag an den Regionalrat, den Regionalausschuss zu ermächtigen, von der Volksbefragung der in der Gemeinde Truden (BZ) ansässigen Wahlberechtigten in Bezug auf den Antrag auf Änderung der offiziellen Benennung der Gemeinde Truden in „Truden im Naturpark“ abzusehen (<i>eingebracht vom Regionalausschuss</i>)</p> <p style="text-align: right;">Seite 16</p>
<p>DISEGNO DI LEGGE N. 33: Determinazione delle indennità ai membri della Giunta regionale - Soppressione degli articoli 2 e 4 della legge regionale 23 novembre 1979, n. 5 – <i>presentato dai Consiglieri regionali Leitner e Mair</i></p> <p style="text-align: right;">pag. 25</p>	<p>GESETZENTWURF NR. 33: Festsetzung der Bezüge an die Mitglieder der Regionalregierung – Aufhebung der Artikel 2 und 4 des Regionalgesetzes vom 23. November 1979, Nr. 5 (<i>eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Leitner und Mair</i>)</p> <p style="text-align: right;">Seite 25</p>

<p>MOZIONE N. 28, presentata dai Consiglieri regionali Andreotti, Carli, Morandini, Viola e Bertolini, sul rinnovo della presidenza della Società Autostrada del Brennero</p> <p style="text-align: right;">pag. 25</p>	<p>BESCHLUSSANTRAG NR. 28, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Andreotti, Carli, Morandini, Viola und Bertolini über die Erneuerung der Präsidentschaft der Brennerautobahn</p> <p style="text-align: right;">Seite 25</p>
<p>MOZIONE N. 29, presentata dai Consiglieri regionali Lamprecht, Pardeller, Ladurner, Pahl, Baumgartner, Munter, Thaler Zelger e Widmann, affinché sia considerato prioritario il finanziamento trasversale dell'A22 per la realizzazione del tunnel di base del Brennero e per esprimere la contrarietà del Consiglio regionale alla terza corsia autostradale</p> <p style="text-align: right;">pag. 25</p>	<p>BESCHLUSSANTRAG NR. 29, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Lamprecht, Pardeller, Ladurner, Pahl, Baumgartner, Munter, Thaler Zelger und Widmann betreffend die vorrangige Sicherung der Querfinanzierung seitens der Autobahn A22 für die Realisierung des Brennerbasistunnels sowie die entschiedene Ablehnung des Regionalrates hinsichtlich des Baus der dritten Autobahnspur</p> <p style="text-align: right;">Seite 25</p>
<p>IN DISCUSSIONE CONGIUNTA:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ MOZIONE N. 24, presentata dai Consiglieri regionali Mair, Leitner e Klotz, affinché l'assegno regionale al nucleo familiare possa essere erogato anche per il primo figlio; ➤ MOZIONE N. 26, presentata dai Consiglieri regionali Viganò, Amistadi, Casagranda, Depaoli, Ghirardini, Lenzi, Lunelli, Magnani, Odorizzi, Turella e Zorzi per estendere, modificando il regolamento attuativo della legge regionale 18 febbraio 2005, n. 1 "Pacchetto famiglia e previdenza sociale", il diritto di percepire l'assegno regionale al nucleo familiare a partire dal secondo figlio fino al compimento del 19° anno di età <p style="text-align: right;">pag. 25</p>	<p>IN VEREINHEITLICHER DEBATTE:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ BESCHLUSSANTRAG NR. 24, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Mair, Leitner und Klotz betreffend die Auszahlung des regionalen Familiengeldes auch für das erste Kind; ➤ BESCHLUSSANTRAG NR. 26, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Viganò, Amistadi, Casagranda, Depaoli, Ghirardini, Lenzi, Lunelli, Magnani, Odorizzi, Turrella und Zorzi über die Abänderung der Durchführungsverordnung zum Regionalgesetz Nr. 1 vom 18. Februar 2005 betreffend „Familienpaket und Sozialvorsorge“, auf dass das Familiengeld ab dem zweiten Kind bis zum 19. Lebensjahr desselben ausbezahlt wird <p style="text-align: right;">Seite 25</p>
<p>INTERROGAZIONI E INTERPELLANZE</p> <p style="text-align: right;">pag. 29</p>	<p>ANFRAGEN UND INTERPELLATIONEN</p> <p style="text-align: right;">Seite 29</p>

INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER

GNECCHI Marialuisa (SINISTRA DEMOCRATICA E RIFORMISTA DEL TRENINO PER L'ULIVO)	pag.	18-22
URZÍ Alessandro (ALLEANZA NAZIONALE)	"	18-23
PASQUALI Alberto (FORZA ITALIA PER L'ALTO ADIGE)	"	19
SEPPI Donato (VALLI UNITE – UNITALIA)	"	20
LAMPRECHT Seppi (SVP - SÜDTIROLER VOLKSPARTEI)	"	24
MAIR Ulli (DIE FREIHEITLICHEN)	"	25-26-27
STOCKER Martha (SVP - SÜDTIROLER VOLKSPARTEI)	"	26
MORANDINI Pino (U.D.C. - UNIONE DEI DEMOCRATICI CRISTIANI E DEI DEMOCRATICI DI CENTRO)	"	27